

AL Info ⁵/₁₇

3 Gemeinderatskandidatin Marilyn Umurungi im Gespräch mit Kantonsrätin Laura Huonker.

4 Was alle immer wissen wollten und sich nie zu fragen trauten: Die Antworten dazu von Richard Wolff.

5 City-Card: Ein Ausweis für alle. Ezgi Akyol erklärt uns die Ideen dahinter.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Taten statt Worte

Im März 2018 stellen sich die AL und ihre neun Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zur Wahl. Zeit, Bilanz zu ziehen. Ein faktenbasierter Vorwahl-Werbespot von Niggi Scherr.

Was für Themen gehören zum Kerngehalt linker Politik? Sicher: Verteilungsgerechtigkeit, Ablehnung jeglicher Diskriminierung, Gleichstellung, Bildungschancen für alle, eine antispekulative Stadtentwicklungs- und Wohnpolitik, öffentliche Dienstleistungen unter demokratischer Kontrolle. Gemessen daran kann sich die «Performance» der Alternativen Liste sehen lassen.

Gerechte Verteilung der Steuer- und Gebührenlast

Die AL ist eine verlässliche Partnerin der sozial Schwächeren, wenn es darum geht, die Steuer- und Gebührenlast gerecht zu verteilen. Einen Achtungserfolg auf Bundesebene (41% Ja) konnten wir mit unserer praktisch im Alleingang geführten Kampagne für die AL-Initiative zur Abschaffung des Pauschalsteuer-Privilegs verbuchen. Verloren haben wir 2016 kantonal den Kampf gegen die Reduktion der Grundbuchgebühren, ein erneutes Steuergeschenk an die Immo-Haie. Durchschlagenden Erfolg hatten wir dagegen kommunal mit unseren wiederholten Anträgen zur Senkung der überhöhten Abfall- und Abwassergebühren.

Kritik an paternalistischer Fürsorgepolitik

Im Kampf gegen Stigmatisierung und Marginalisierung wechselten sich aussichtsreiche und aussichtslose Kampag-

nen ab. Obwohl von Anfang an ohne Chancen, traten wir aus Grundsatzüberlegungen gegen eine auch von SP und Grünen befürwortete paternalistische Sozialpolitik an: gegen die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAB) und die «Sozialarbeiter in Uniform» der SIP - beides nicht unbedingt zur Freude unseres Stadtrates Richi Wolff. Nach jahrelangen Bemühungen konnten wir dagegen bei der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) und in der Bau- und Zonenordnung mit breiten Mehrheiten eine Liberalisierung zugunsten der Sexarbeitenden erreichen. Aktuell im Zentrum steht der Kampf um das «Recht auf Rechte» auch für sans-papiers in unserer Stadt, unter anderem mit der Schaffung einer city-card (vgl. Artikel auf Seite 5).

Mehr Schulhäuser statt Schul-Containern

Eine bittere und schwer verständliche Niederlage mit massiven 70% Nein mussten wir im September 2016 mit unserer kantonalen Initiative für eine sozialere Finanzierung der Kinderbetreuung durch eine Arbeitgeberabgabe einstecken. Wir glaubten, die Zeit sei reif für einen mutigen Schritt zu mehr Chancengleichheit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, und wurden krass enttäuscht. Erfolgreich Druck machen konnten wir dagegen mit einer Serie von Vorstössen im Gemeinderat für den beschleunigten Bau neuer Schulhäuser, die im Hochbaudepartement angesichts planerischer Höhenflüge und ökologischer Leuchtturmprojekte regelmässig vergessen gehen. Ohne den permanenten Druck der AL hätten wir heute noch viel

mehr Container-Schulen.

Wohnpolitik als Kernkompetenz der AL

Zum wohnpolitischen Engagement der AL muss ich nicht viel Worte verlieren. Die AL und ihre Aktivist*innen wirkten von Anfang an als Mit-Geburtshelfer*innen des Vereins Noigass, der sich für 100 Prozent gemeinnützige Wohnungen und Gewerberäume auf dem SBB-Areal Neugasse einsetzt. Mit unserem gescheiterten Referendum gegen den Immo-Deal der Stadt mit der Swiss Life wagten wir den Aufstand gegen eine wohnpolitisch verfehlte, leider auch von Linksgrün gestützte Vorlage.

Erfolgreich gegen Ausgliederung und Privatisierung

Seit Jahrzehnten tritt die AL ohne Wenn und Aber für demokratisch kontrollierte öffentliche Betriebe ein. Mit einem Rekurs und parlamentarischen Interventionen konnten wir die Teilprivatisierung der Fernwärmeversorgung (Limmat Energie AG) und die Ausgliederung des ewz verhindern. Last but not least: Die AL engagiert sich auch zuvorderst für Transparenz und gegen Vergabefilz und Amigo-Politik. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, dass der Gemeinderat schliesslich doch eine Untersuchungskommission zu den Wirren im ERZ eingesetzt hat.

Manche Kämpfe haben wir verloren, etliche gewonnen. Auch verlorene Kampagnen können Sinn machen, wenn wir damit eine Sensibilisierung erreichen. Im Zweifelsfall heisst unser Motto: Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Niklaus Scherr

Parolen

Abstimmungen vom 26. November:

STADT ZÜRICH

Ausrichtung der Schulbehördenorganisation auf die schulische Integration und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Führung im Schulwesen der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung **NEIN**

Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen **JA**

Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Ersatzneubau, Objektkredit von 63,25 Millionen Franken **JA**

Schulanlage Hofacker, Quartier Hirslanden, Ersatzneubau eines Sekundarschulhauses mit Dreifachsporthalle sowie Ausbauten in den Hauptgebäuden, Objektkredit von 33,8 Millionen Franken **JA**

Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung», Änderung der Gemeindeordnung **STIMMFREIGABE**

Friedensrichterwahl Kreis 6/10
CHRISTINE STOKAR

Finanzen

Wir sind dankbar für Spenden auf PC 87- 63 811- 5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5,
Vermerk «Wahlen». Vielen Dank!

Termine

Dienstag, 28. November, 19.30 Uhr:

AL-Vollversammlung. Einladung folgt.

Samstag, 2. Dezember 19 Uhr AL-Gender-Abend. Einladung folgt. (Save the date!)

Dienstag, 9. Januar 2018 AL-Neujahrsapéro, Helsinki. Einladung folgt.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Yvonne Lieberherr
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,

Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Yvonne Lieberherr

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Yvonne Lieberherr, Attilio Stoppa.

Es wimmelt die AL

Es wimmelt von AL-Kandidatinnen und -Kandidaten. In der Beilage siehst du unser aktuelles Wahlplakat: Ein Wimmelbild. Aufgenommen auf der Hardturm-Brache. «Wo ist Walter?» kann man fragen, suchen und finden.

Was lange währt, wird endlich gut. Bereits bei den Kantonsratswahlen 2015 kam die Idee auf, die Menschen, die hinter der AL stehen, gemeinsam auf einem Plakat zu zeigen. Eine Darstellung als Fussballmannschaft wurde als mässig originell verworfen. Die zündende Idee war jetzt das Wimmelbild.

Gemeinsam für die Ziele der AL

Das Wimmelbild zeigt die AL in ihrer Vielfalt und Lebendigkeit - jede und jeder in seiner eigenen Individualität, gemeinsam für die Ziele der AL: Preisgünstige Wohnungen auf dem Noigass-Areal und auf Industriebrachen. Neue Schulhäuser statt Prestigebauten. Für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen! Für Fairness und Gerechtigkeit. Für eine Stadt, in der nicht das Portemonnaie entscheidet, wer hier leben, arbeiten und wohnen darf. Das Wimmelbild erzählt die Geschichten von Menschen, die der AL Inhalt geben und ihren Aktivismus prägen. Alle zusammen bilden wir die AL. Und gemeinsam wollen wir bei den Wahlen 2018 punkten: unsere neun Gemeinderatsmandate halten, besser noch neue dazugewinnen und dafür sorgen, dass Richi Wolff unser Stadtrat bleibt.

Vielversprechende Listen

Am 5. Oktober hat die AL-Vollver-

sammlung die Listen mit Applaus abgesegnet. Listen, die sich sehen lassen können: Neben den neun Bisherigen, die allesamt wieder antreten, stehen auf den Folgeplätzen motivierte Kandidatinnen und Kandidaten, die bereit sind, engagiert Wahlkampf zu betreiben und die amtierenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte darüber hinaus in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen. In diesem AL-Info kommen einige davon zu Wort: auf Seite 3 Marilyn Umurungi (Platz 3 im Kreis 4/5), auf Seite 8 Patrik Maillard (Platz 2 im Kreis 10) mit einer Kolumne, weitere Kandidierende in Bild und Wort auf Seite 6.

Unruhe bewahren - unabhängig!

Auf 64 der insgesamt 125 Plätze kandidieren Frauen, die Listen im bewährten Zebamuster betonen die Vielfalt der AL. Wie auf dem Wimmelbild unterstreicht die AL ihren Willen, weiterhin eine unabhängige linke Politik zu machen.

Um wichtige Anliegen durchsetzen zu können, braucht es eine linke Mehrheit im Parlament und in der Exekutive. Die AL-Vollversammlung hat sich deshalb für die gegenseitige Unterstützung der links-grünen Stadtratskandidatinnen und -kandidaten ausgesprochen. Genauso wichtig - das wurde in der Diskussion betont - ist aber auch der Wettbewerb der Ideen innerhalb der Linken. Die AL wird sich weiterhin unabhängig den für sie wichtigen Themen widmen. Und auch in Zukunft die nötige Unruhe bewahren.

AL-Findungskommission



Gespräch mit Marilyn Umurungi



Ruanda ist, soviel ich weiss, dein Heimatland. Was fällt Dir dazu ein?

Ein hybrides Gemisch zwischen gegenwärtiger Melancholie und Neuland. Es ist nicht diese Art von

Melancholie, dass ich mich dorthin zurückwünsche oder das Bild von alten Zeiten in mir trage. Die Melancholie zeigt sich, wenn ich zurückkehre. Ruanda ist jedesmal Neuland für mich. Es ist nicht mehr so, wie ich mich erinnere. Die Gegenwartigkeit bezieht sich auf mein Gefühl. Ich würde gerne für längere Zeit in Ruanda leben und weiss gleichzeitig, dass ich dort nicht lange „überlebensfähig“ wäre. Ich stecke sozusagen fest, wie sehr ich Ruanda noch als Heimat bezeichnen kann, oder einfach als meinen Geburtsort.

Dahinter steht eine Migrationsgeschichte?

Ich bin in Ruanda geboren und aufgewachsen.

Wir sind im Toni Areal der ZHdK. Was hat das mit dir zu tun?

Ich studiere im fünften Semester Kunst und Medien. Bachelor, mit der ehemaligen Vertiefung Theorie. In den letzten Jahren wurde das Angebot umstrukturiert. Früher gab es unterschiedliche Vertiefungen wie zum Beispiel Fotografie, bildende oder soziale Kunst, Medienkunst, Theorie. Heute ist das nicht mehr so. Heute gibt es Praxisfelder und Study-Gruppen. So ist alles durchmischer. Davor habe ich an der Uni Zürich studiert – zuerst Jura mit der Absicht, internationales Recht zu machen, anschliessend Philosophie mit Nebenfach Geschichte. Das Studium habe ich für einen Auslandsaufenthalt unterbrochen. Nach meiner Rückkehr habe ich mich für Journalismus entschieden und mich deshalb an der ZHdK in Kunst und Medien eingeschrieben. Jetzt durchlaufe ich verschiedene Stadien der Identitätsfindung. Das wechselt zwischen Autorin, Kulturproduzentin und Aktivistin.

Wo beginnt dich etwas zu interessieren, wo siehst du Möglichkeiten für Mitgestaltung?

Ich studiere Kunst und Medien mit

der Vertiefung Theorie aufgrund meines Interesses an queer-feministischen Studien. Ich habe einen grossen Wissensfundus vorgefunden, der vielfältig, aber auch eurozentristisch ist. Ich stellte mir Fragen. Wieso bewegen wir uns selbst an einer internationalen Hochschule wiederholt im gleichen Wissensfundus, dazu mit dem Anspruch, kritisch auch über europäische Komfortzonen hinauszugehen? Ich finde es schwierig, so etwas von Studierenden zu verlangen, wenn nichts davon in der Lehre einfließt. Ich habe Nachforschungen angestellt. Wie gelange ich an nicht-eurozentristische Kulturpolitik, Literatur und Wissensbildung? So kam ich in Kontakt mit afrozentristisch-aktivistischer Literatur. Ich realisierte, dass es mir ein Anliegen ist, hier Texte mit Theorien und Denkansätzen um und für marginalisierte Gruppen, vor allem politisch marginalisierte Gruppen, zu verbreiten. Es gibt dafür ein Sprachrohr, aber es wird nicht gepflegt; es wird selten kontrovers diskutiert, aufgerüttelt. Es geht mir um Zürich. Diese Diskussion verläuft in Lausanne oder Genf ganz anders.

Warum hast du dich entschieden, für die AL zu kandidieren?

Die AL repräsentiert mit ihrer Kulturpolitik, ihrer Sprache und ihrem Bemühen um eine möglichst breite soziale Integration bisher die Partei, mit der ich mich am besten identifizieren kann – nachdem ich mich einmal entschieden habe, in offiziellen staatlich-politischen Strukturen aktiv zu werden. Ich bin, wie viele andere auch, durch Freunde und Diskussionen mit ihnen zur AL gekommen – durch Menschen, die im Sinne der AL stimmen oder bei der AL politisch aktiv sind.

Was erhoffst du dir auf diesem Weg?

Es wäre schön, wenn ein paar Menschen für mich stimmen. Ich freue mich auf das kommende Jahr. Ich bin bereit. Ich finde es schön, dass sich mit meiner Kandidatur Dinge konkretisieren. Ich muss sie in Worte fassen und sie entsprechend formulieren – etwa in Gesprächen wie diesem. Das finde ich gut.

Interview: Laura Huonker

Bild: Samina Stämpfli

Marilyn Umurungi kandidiert bei den Gemeinderatswahlen auf Platz 3 im Kreis 4/5.

AL Buchtipp

Niklaus Scherr empfiehlt:



Yanis Varoufakis: Die ganze Geschichte. 661 Seiten. Kunstmann, 2017. ISBN 978-3-95614-202-4.

Erlebnisbericht des Ex-Finanzministers der Syriza-Regierung. Ein linker Ökonom und politischer Quereinsteiger realisiert, wie das EU-Machtkartell, angeführt vom deutschen Finanzminister Schäuble und seinem sozialdemokratischen Mappenträger Dijsselbloem, jeden Versuch rationaler wirtschaftspolitischer Argumentation plattwalzt. Und ist nicht bereit, sich zum alles akzeptierenden Insider und Realo zu verbiegen. Mit einer Fülle von Details und authentischen Zitaten (ein bisschen weniger hätte nicht geschadet...). Diesen EU-Krimi habe ich mit Genuss im «Blue House» in Loutra/Kreta gelesen, wo Yanis zwei Monate vorher in den Ferien weilte. Originalton von Wirt und Vermieter Jorgos: er kann mehr Raki kippen als ich. Und das will etwas heissen...

Laura Braunschweig empfiehlt:



Andreas Cassee: Globale Bewegungsfreiheit - Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen. 282 Seiten. Suhrkamp, 2017. ISBN: 978-3-518-29802-2.

Im vorherrschenden Abschottungs-Diskurs wird die zentrale Frage übergegangen: Hat ein Staat überhaupt das Recht, zu bestimmen, wem er, einem elitären Club gleich, «Einlass» gewährt? Heute besteht ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Auswanderung, nicht jedoch auf Zuwanderung bzw. globale Bewegungsfreiheit. Cassee analysiert und verwirft zunächst verschiedene migrationsethische Standpunkte. Und kommt konzis zum Schluss: Staaten haben grundsätzlich nicht das Recht, Türsteher zu spielen und die Zuwanderung zu verweigern.

Er plädiert für eine radikale Abkehr von dieser feudalen Geburtsorts- und Abstammungslotterie, für einen fundamentalen Paradigmawechsel und eine Beweislastumkehr. Bewegungsfreiheit ist ein hohes Gut. Was bereits innerstaatlich gilt, soll auf den zwischenstaatlichen Bereich erweitert werden: Alle Menschen sollen ihren Lebensmittelpunkt frei wählen können.

Fragen an Richi Wolff

Richi, willst du von allen geliebt werden?

Grundsätzlich ja, wer will das nicht? Aber auch für mich gilt: Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.

Hast du je geglaubt, dass eine Gesellschaft ohne Polizei auskommt?

Als Ethnologe weiss ich, dass das möglich ist. Aber das bedingt andere gesellschaftliche Regulierungen. Als Sozialutopist halte ich eine Gesellschaft, die selbstbestimmt, frei und ohne Spannungen funktioniert, grundsätzlich für denkbar.

Was macht aus jemandem eine/n gute/n Polizisten/in? Sind Menschen mit Migrationshintergrund oder Leute, die in der Stadt wohnen, die besseren Polizist*innen?

Gute Polizist*innen sind wie gute Menschen. Sie sind klug, aufgeschlossen, ernsthaft, empathisch und dialogfähig. Auch in Stresssituationen agieren sie besonnen. Und sie verfügen über ein Mindestmass an Humor und Selbstkritik. Für eine sensible Organisation wie die Polizei ist es wichtig, dass die Angestellten verschiedene berufliche und soziale Hintergründe mitbringen, um so auch den unterschiedlichsten Bedürfnissen einer vielfältigen Bevölkerung gerecht zu werden.

Der Zürcher Flaschenwerfer in Hamburg hat erklärt, er habe den Menschen hinter der Uniform nicht mehr gesehen. Müsste man bei der Aufrüstung und der damit verbundenen «Robocopisierung» der Polizei diesen Aspekt im Auge behalten?

«Aufrüstung» ist ein grosses Thema, das auch in der Polizei kontrovers diskutiert wird. Mir ist wichtig, dass dabei alle Aspekte berücksichtigt werden. Neben dem Erscheinungsbild und dem, wie das wirkt, auch der Schutz der Polizist*innen.

Seit wann trägst du einen Velohelm?

Manchmal zu selten.

Wird Zürich je eine Velostadt sein oder wird man immer nur darüber reden?

Als ich 10 Jahre alt war, fuhr ich mit dem Velo von Schwamendingen an den Hauptbahnhof. Das war höchst abenteuerlich. Es gab kaum andere Velos. Es gab null, zero Infrastruktur für Velofahrende. Heute ist es viel besser, aber noch (lange) nicht gut. Der velogerechte Umbau der

Stadt ist ein träger Prozess. In zwanzig Jahren sind wir vielleicht dort, wo wir heute gerne wären.

Bist du ein Spaltpilz für die Partei?

Eher ein Psilo. Fantasieanregend, möglicherweise berauschend, allerdings nur vorübergehend, gefolgt von einem Zurücksinken in die Realität, die auch ernüchternd sein kann. Biologistische Analogien sind aber immer heikel und mit grosser Vorsicht zu geniessen.

Mit welchen Argumenten überzeugst du dein kritisches persönliches und politisches Umfeld davon, dass du weiterhin Polizeivorsteher sein willst?

Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum sind ein Kernthema des Sicherheitsdepartements. Wie sie gelöst werden, ist entscheidend für die Atmosphäre einer Stadt. Es geht darum, dass sich alle in Zürich sicher fühlen können. Ich glaube, dass ich als Sicherheitsvorsteher einen Beitrag zum guten Zusammenleben leisten kann.

Warum büsst die Stadtpolizei in Zürich Kiffer häufiger als anderswo?

Nächste Frage.

Wird Kiffen in Zürich bald legal? Was unternimmst du dafür?

Das Betäubungsmittelgesetz ist Bundesrecht. Die Hanflegalisierung wurde 2006 leider abgelehnt. Mit dem Stadtrat setze ich mich auf nationaler Ebene für eine Regularisierung des Konsums ein. Ein Versuch mit wissenschaftlicher Begleitung liegt in greifbarer Nähe. Die Gerichte tragen aktuell einiges zu einer toleranteren Praxis bei. Auch das ist ganz in meinem Sinn.

Befürwortest du persönlich das neue Hardturmstadion?

Der Stadtrat will dem dritten Anlauf für ein neues Stadion eine Chance geben.

Was wäre anders, wenn die Polizei in bürgerlicher Hand wäre?

Vermutlich alles. Zuletzt war das in den 1980er-Jahren der Fall. Seit 1990 sind SP, Grüne und nun die AL für die Polizei zuständig. Für mich steht die möglichst friedliche Lösung von Konflikten im Vordergrund: Dialog, Runde Tische, Verhandlungen, schlichtende Gespräche. Das Zuhören und Eingehen auf Wünsche, Bedürfnisse und Kritik sind mir wichtig. Egal, von welcher Seite sie kommen. Dann die Rekrutierung und Ausbildung neuer

Polizist*innen: Mehr Frauen, mehr second@s und mehr Menschen mit Flair für die Stadt werden das Gesicht der Polizei verändern.

Konkret?

Bei vielen Alltagsentscheiden gibt es Spielraum. Bei Bewilligungen für Demos, Umzugsrouten, Festen und anderen Anlässen. Bei der Grundhaltung gegenüber gesellschaftlichen Fragen wie Zwischennutzungen, Protesten im öffentlichen Raum, das Verhältnis zu Minderheiten. Hausbesuche bei Einbürgerungen haben wir drastisch reduziert. Ich habe keine neuen Videokameras im öffentlichen Raum bewilligt und die automatische Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen abgeschafft.

Wird es je eine Polizei geben, der kein Racial Profiling vorgeworfen werden kann?

Die Praxis wird sich ändern, da bin ich überzeugt, aber vielleicht geht es langsam. Dass Racial Profiling überhaupt ein Diskussionsthema ist, ist schon ein grosser Schritt. Jetzt geht es darum, Erkenntnisse in Taten umzusetzen. Da bin ich dran. Das werde ich genau begleiten und alles dazu tun, dass es gelingt.

Wann wird der Kreis 4 wieder uns Bewohner*innen gehören und nicht mehr von der Polizei konstant in Beschlag genommen?

Die Dichte an Polizei(-autos) ist tatsächlich hoch. Ich verstehe, dass das als störend wahrgenommen wird. Andererseits wird die Polizeipräsenz von vielen – Anwohner*innen und Besucher*innen – auch gewünscht und geschätzt. So ist die Polizei, wenn sie gerufen wird, auch schnell vor Ort. Gerade hier, wo die Dichte an Bars, Clubs und Menschen am Wochenende gross und das Leben entsprechend intensiv ist. Neben allem Schönen und Guten kommt es um die Langstrasse eben auch vermehrt zu Reibereien, Konflikten und Ärger.

Wann wird sich die Polizei auch hier an die Verkehrsregeln - sprich Einbahnverkehr Langstrasse - halten?

Wenn es dienstlich notwendig ist, muss sich die Polizei nicht an die Verkehrsregeln halten. Dies betrifft nicht nur Notfälle, sondern auch Patrouillenfahrten – das macht die Stadtpolizei nicht nur in der Langstrasse, sondern auch am Limmatquai oder in der Bahnhofstrasse.

Fragen stellte die Info-Redaktion

Züri City Card – ein Ausweis für alle

Anfang 2015 führte die Stadt New York mit der ID NYC eine StadtbürgerInnenenschaft ein. Alle in New York lebenden Menschen können seither kostenlos eine ID NYC – einen städtischen Ausweis – beantragen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Somit seien alle in New York lebenden Menschen in erster Linie New YorkerInnen und erst an zweiter Stelle AmerikanerInnen oder eben NichtmerikanerInnen.

Die städtische Verwaltung will mit der Einführung der ID NYC «den Kontakt zwischen Behörden und Bevölkerung revolutionieren». Im März 2017 verkündete die Stadt, dass inzwischen 1 Million New YorkerInnen eine ID NYC besitzen. 77% der ausländischen KarteninhaberInnen hätten in einer Umfrage angegeben, dass sie dank der städtischen ID ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zu New York verspürten und sich sicherer fühlten.

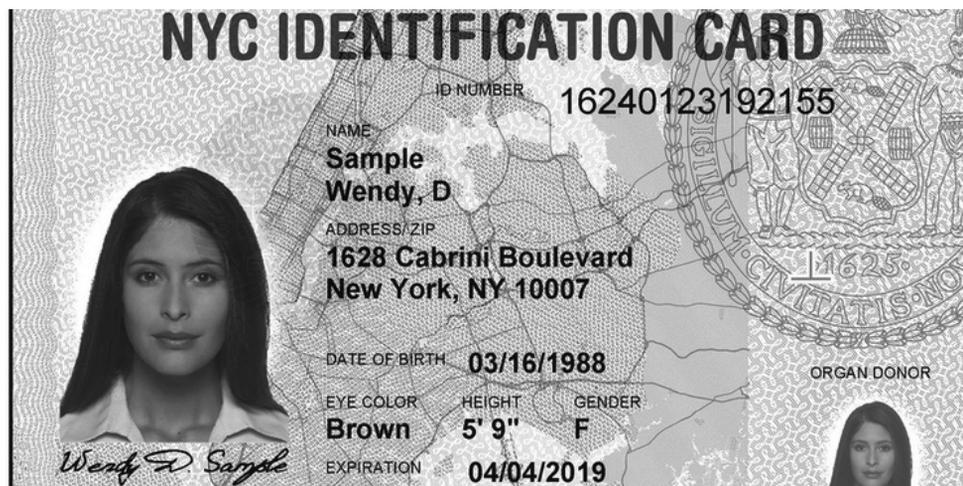
Städtische Zufluchtsorte

Die städtische Polizei und alle anderen städtischen Stellen akzeptieren den Ausweis, ohne nach dem Aufenthaltsstatus zu fragen. Ausserdem profitieren ID-BesitzerInnen von kulturellen Angeboten und Vergünstigungen, somit ist die Karte für alle BewohnerInnen attraktiv.

New York bezeichnet sich als «Sanctuary City». Solche existieren in den USA und in Kanada bereits seit den 70-er Jahren. Sie deklarieren sich als sichere Städte für Sans-Papiers. In diesen Städten verzichten die Behörden bewusst auf eine Prüfung des Aufenthaltsstatus und arbeiten nicht mit den Migrationsbehörden zusammen - für Sans-Papiers stellt dies eine Aufenthaltssicherheit im städtischen Raum dar. Studien zeigen zudem, dass die Kriminalitätsrate in diesen Zufluchtsstädten tiefer ist als in anderen Städten.

Im Schatten der Gesellschaft

Auch in der Stadt Zürich leben geschätzte 14'000 Sans-Papiers, Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Diese Menschen können grundlegende Rechte oft nicht wahrnehmen, weil dies mit dem Risiko einer Verhaftung und Ausschaffung verbunden ist. Sans-Papiers können keine Anzeige erstatten, wenn sie Opfer von Gewalt oder Ausbeutung werden, sie können sich nur unter hohen Risiken in Spitälern behandeln lassen, sie können kein Bankkonto eröffnen, keinen Handyvertrag abschliessen und haben keinen



Zugang zum Wohnungsmarkt oder zu Sozialversicherungen. Sans-Papiers leben also im Schatten unserer Gesellschaft, und dies, obwohl jede 30. Person in der Stadt Zürich papierlos ist. Sie sind Teil unserer Stadt und trotzdem ausgeschlossen.

Der Zürcher Stadtrat anerkennt in seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage die prekäre Situation von Sans-Papiers und sieht Handlungsbedarf: «Es geht hierbei um «das Recht auf Rechte» – Rechte, die erst durch einen Behördenkontakt tatsächlich wahrgenommen werden können». Und weiter: «Im Gegensatz zum Bund können die grossen Städte ihre Augen vor dieser Realität nicht verschliessen».

Züri City Card

Auch der Verein Züri City Card sieht Handlungsbedarf auf städtischer Ebene. Der Verein fordert die Einführung einer City Card für alle in Zürich lebenden Menschen. Da aber die Stadt Zürich in migrationsrechtlichen Fragen keine Kompetenzen besitzt, soll mit einem Zürcher Stadtausweis in erster Linie papierlosen Menschen der Kontakt zu den Behörden und der Zugang zu städtischen Leistungen ermöglicht werden.

Der Verein Züri City Card ist aus dem Projekt «Die ganze Welt in Zürich» hervorgegangen und arbeitet schon seit 2015 an der Umsetzung eines Stadtausweises. Die Sicherheit von Sans-Papiers hat oberste Priorität, darum soll nichts überstürzt werden. Wie in den USA gerade ersichtlich wird, besteht unter anderem die Gefahr, dass Daten von Sans-Papiers in die falschen Hände geraten können. New York begegnet dieser Gefahr beispielsweise damit, dass alle NYC ID-Daten in einer

verschlüsselten Datenbank an einem separaten Ort gespeichert werden. Diese Daten dürfen ohne richterliche Anordnung nicht weitergegeben werden.

Stadt für alle

Der Verein Züri City Card ist überzeugt, dass ein Stadtausweis auch in Zürich möglich ist. Das Anliegen scheint in der Bevölkerung gut anzukommen und auch der Stadtrat steht der Idee positiv gegenüber.

Die Stadt Zürich wird von und mit uns allen gemeinsam gestaltet. New York City hat gezeigt, dass sie eine Stadt für alle ihre BewohnerInnen sein kann. Das muss Zürich auch können.

Ezgy Akyol

Projekt mit Supportkarte unterstützen

Mit der neu lancierten Supportkarte will der Verein die Öffentlichkeit auf sein Projekt aufmerksam machen.

Die alltäglichen Probleme von Sans-Papiers sollen sichtbar gemacht werden. Ausserdem soll die Supportkarte aufzeigen, dass die Stadtzürcher Bevölkerung einen Zürcher Stadtausweis für alle möchte. Mit dem gesammelten Geld will der Verein weitere Aktionen realisieren.

Auf der Webseite des Vereins (www.zuericitycard.ch) oder mit der beiliegenden Broschüre, können Sie ihre eigene Supportkarte erwerben.

Wahlen in Winterthur: Aus zwei mach drei



Und täglich grüsst das Murmeltier... In regelmässigen Abständen werden Ideen ausgegraben, die definitiv unter der Erde

bleiben sollten. Neuestes Beispiel: der Stadtrat möchte gute Steuerzahler anlocken – durch Schaffung von Wohnraum im oberen Segment. Hatten wir das nicht schon mal? Richtig, in der Ära Wohlwend unter rot-grüner Stadtratsmehrheit. Die Rechnung ging bekanntlich nicht auf. Als Goldesel soll diesmal das Obertor-Areal hinhalten – Polizei raus, gute Steuerzahler rein. Gleichzeitig noch die Steuern senken, obwohl sich weitere düstere Wolken am städtischen Finanzhimmel abzeichnen.

Obertor gemeinnützig
Das ist die Grosswetterlage, in der die AL in die Gemeinderatswahlen einsteigt. Für uns ist klar: das Obertor soll gemeinnützig genutzt werden, die Altstadt leidet schon jetzt stark unter Aufwertungsdruck. Auch für eine Steuerensenkung ist es noch viel zu früh, die ganze Aktion riecht sehr stark nach Wahlkampf – unverantwortlicheres Handeln geht kaum.

AL mit starker Liste
Wir treten an mit einer starken Liste und dem Anspruch, einen dritten Sitz zu erobern. Wenn wir den Trend der letzten Wahlen fortsetzen können, ein durchaus realistisches Ziel. Neben den beiden Bisherigen Katharina Gander und David Berger steigt auf dem dritten Platz Roman Hugentobler ins Rennen. Er ist gut in der Kultur- und Fussballszene vernetzt und bringt die nötige junge Energie für das Amt mit. Wie gewohnt, bemüht sich die AL um einen Ausgleich der Geschlechter innerhalb der Liste und eine Altersdurchmischung – der durchschnittliche Jahrgang liegt um das Jahr 1972.

David Berger, AL-Gemeinderat Winterthur



«Eine freie Gesellschaft besteht nicht aus Leitkulturen, sondern aus Alternativen – für soziale Gerechtigkeit, Grundrechte, Wohn- und Freiräume für alle sowie alternative Wirtschaftsmodelle ohne Wachstumszwang.» **Lisa Letnansky, Kreis 7/8.**



«Die AL setzt sich für die Getretenen und Rechtlosen ein, für die aus Sicht des Establishments in Zürich kein Platz ist: Flüchtlinge, Kranke, arme Haushalte – alle, die unter den herrschenden Verhältnissen leiden oder auf der Strecke bleiben.» **Michael Graff, Kreis 9.**



«Mir gefällt an der AL ihre eigenständige linke und zugleich liberale Position, das Engagement für soziale Gerechtigkeit und für die Grundrechte. Chancengleichheit im Bildungswesen, faire Mieten und ein guter Service Public: dafür setze ich mich ein.» **Anne-Claude Hensch, Kreis 11.**



«In harten Zeiten braucht es neben dem Protest auf der Strasse und einer klaren linken, solidarischen Haltung im Alltag auch einen starken und spitzen Stachel auf parlamentarischer Ebene, einen Störfaktor im geschmierten System.» **Patrik Maillard, Kreis 10.**



«Die wahre Freiheit ist nichts anderes als Gerechtigkeit.» **Mohamed Kamil Issadeen, Kreis 12.**



«Ich wünsche mir eine lebendige und lebensfreundliche Stadt. Ich setze mich ein für den Langsamverkehr in den Quartieren und für eine zeitgemässe, integrationsfähige Schule.» **Olivia Romanelli, Kreis 1/2.**



«Schützen wir die Wirtschaft - vor der Gier!» **Theo Schilter (Kreis 11).**



«Für das Recht, Rechte zu haben - für AL(L)!» **Laura Braunschweig, Kreis 10.**

Für ein wohnliches Limmattal

Die beiden grossen Gemeinden Schlieren und Dietikon liegen in der Fortsetzung des Stadtzürcher Boomquartiers Zürich-West. In den nächsten Jahren werden die überwiegend aus den 60-er Jahren stammenden Liegenschaften erneuert. Wichtig bei diesem Prozess ist, welche Wohnungen für wen verloren gehen und was für Wohnungen entstehen.

In der Stadt Zürich hat die politische Linke - allen voran die AL – das Problem erkannt. Sie fordert konsequent Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum für alle. In den Gemeinden im Limmattal gibt es nur wenige gemeinnützige Wohnungen. Genossenschaften sind nur rudimentär vertreten, gemein-

deigene Wohnungen gibt es praktisch keine. Dabei wohnen gerade in diesen Gemeinden viele Leute mit bescheidenen Einkommen oder kleinen Renten. Auch sie müssen in Zukunft Platz in einem wohnlichen Limmattal haben. In Dietikon wird gegenwärtig der Richtplan überarbeitet. Hier werden die Weichen für die künftige Entwicklung gestellt. Wir dürfen nicht einem profitgesteuerten Verdichtungswahn anheimfallen, der nur den Spekulanten dient. Verdichtung Ja – aber nur mit einem Mindestanteil von gemeinnützigen Wohnungen und genug Grün- und Freiflächen für eine wohnliche Stadt!

Ernst Joss

Aus aktuellem Anlass



Das Muster, das sich wiederholt, wenn über Sexismus geredet wird: Skandal – Empörung – Solidarisierung – Verballhornung.

Dabei wäre es einfach: Hinhören, Verhaltensweisen

reflektieren und ändern. #metoo

Die nüchterne Feststellung mit Tendenz rückläufig: Frauen sind in Führungsgremien massiv untervertreten und verdienen im Schnitt weniger als Männer. Erst letzte Woche wurden entsprechende Erkenntnisse aus einem WEF Bericht im Tagesanzeiger publiziert. #Gleichstellung

Mir sagte jemand, dass er Sexismus in seiner Dimension erst versteht, seit er selber mit klischierten Verhaltensweisen konfrontiert wird, weil er alt ist. In der junggebrüllt patriarchalisch strukturierten Welt werden nämlich nicht nur Frauen, sondern auch alte Menschen zu Objekten gemacht. Und mit ihnen viele andere, die weder jung sind noch eindeutig Mann gemäss Definition dieser patriarchalen Weltanschauung, die auf Hierarchien

beruht. Hierarchie schliesst aus. Drinnen - Draussen. Wir - Sie. Krank - Gesund. Normal - Divers. Grenzen - Ausgrenzung. #feminismishumanrights

Feminismus meint nicht Emanzentum. Feminismus ist eine Haltung: Gleiche Rechte für alle Menschen und Anerkennung ihrer Würde und Integrität. Ganz einfach. Eigentlich. Es geht um Wahrnehmung, Würdigung und Einbezug aller mit gleichen Rechten und um weibliche Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen wie auch an deren Umgestaltung.

Das führt mich zurück zur Politik: Parlament, Gerichte und Regierung des Kantons Zürich sollen als Entscheidungsgremien repräsentativ für die ganze Bevölkerung sein. Und weil eine geschlechtergerechte Verteilung sich nicht einfach so durchsetzt und weil Parlament, Regierung und Gerichte Vorbildfunktion haben, hat die AL im Oktober eine Parlamentarische Initiative eingereicht. Sie fordert im Kantonsrat, im Regierungsrat, den obersten Gerichten sowie im Ständerat einen Mindestanteil von 40% an der Gesamtzahl der Sitze für jedes Geschlecht. Die Medien hat's nicht interessiert.

Laura Huonker

Kaserne - teilweise - fürs Volk...



Fast könnte man sagen, ich sei auf dem Kasernenareal politisiert worden. Für den Verein «Kaserne für Züri» habe ich meine ersten Transpis gemalt – als 3-jährige, sicher nicht ganz

freiwillig...

Auf dem Labyrinthplatz der Frauen im Zeughaushof habe ich wöchentlich gespielt. Am 1. Mai 1996 wurde ich als 7-jährige zum ersten Mal eingekesselt, das hat mich bis heute für Polizeirepression sensibilisiert. Der Kampf für eine «Kaserne fürs Volk» war ein prägender Teil meiner Kindheit.

Jetzt - nach Jahrzehnten voller Versprechungen - wird das Kasernenareal endlich frei. Bereits 1915 wurde zum ersten Mal über eine Verlegung der Kaserne gesprochen und Ideen eingereicht für Markthallen, Ausstellungsgebäude, Wohnungen etc. Doch die Militärfestung blieb. Erst 1987 erhielt die Bevölkerung nach dem Auszug der Rekrutenschule ein Zutrittsrecht. Das Hauptgebäude blieb bis heute eine Domäne der Polizei und der Justiz. Auf der abgesperrten Hälfte baute

der Kanton 1994, nach einem abgelehnten AL-Referendum und mit dem Segen des Stadtrats, das PropoG. Nach dem Ja zum Bau des Justizpalastes samt Knast auf dem Güterbahnhof-Areal wollte der Regierungsrat auf sein Versprechen, das ganze Areal polizeifrei zu machen, zurückkommen, musste aber auf Druck des Kantonsrats einlenken.

Am 25. Oktober segnete der Gemeinderat den Deal zwischen Stadt und Kanton ab: Danach erhält die Stadt die Zeughäuser im Baurecht und die Kasernenwiese in Gebrauchsleihe. Angesichts des schlechten baulichen Zustands einzelner Zeughäuser gab in der Fraktion vor allem der Kostenteiler zwischen Kanton und Stadt für Sanierung und Umbau zu reden. Vor allem beim Waffensaal hat der Kanton den Unterhalt krass vernachlässigt. Allein die Instandsetzung kostet rund 11 Millionen und die künftige Nutzung ist noch nicht geklärt. Die ganze Sanierung kostet 54 Millionen Franken, von denen der Kanton nur 30 Millionen übernimmt. Ein Deal, der aus städtischer Sicht klar nicht aufgeht. Aber nach jahrzehntelangem Kampf um dieses Areal haben wir uns mit Murren zu einem Ja entschlossen.

Christina Schiller

Unruhe bewahren

30. August: Postulat von AL und Grünen verlangt Übertragung der Standortevaluation von ZM-Pavillons an Schulamt oder Kreisschulpflege und Einbezug von Elternorganisationen.

6. September: Gemeinderat beschliesst einstimmig die von der AL schon früh geforderte Einsetzung einer PUK zu den ERZ-Wirren. Und überweist einstimmig eine Motion von AL-Fraktionspräsident Andreas Kirstein und Albert Leiser (FDP) für eine generelle Reduktion der ERZ-Gebühren für Abfall und Abwasser und einen Abbau der überhöhten Reserven.

15. September: Gutbesuchtes Wolffs-Palaver im sogar theater. Aktivist*innen und Expert*innen debattieren mit Richi Wolff u.a. über die Quartierentwicklung im Kreis 4/5, Spekulation und bezahlbaren Wohnraum.

27. September: Auf Druck einer Anfrage von Andrea Leitner publiziert der Stadtrat die bisher unter Verschluss gehaltene sozialräumliche Studie Rosengarten-Buchegg zur Auswirkung des Rosengartentunnels im Internet.

24. September: AL scheidet mit Referendum gegen Swiss-Life-Immo-Deal.

2. Oktober: AL-Kantonsratsfraktion reicht parlamentarische Initiative für die Festschreibung einer Geschlechterquote in der Kantonsverfassung ein (mindestens 40% im Kantonsrat und 3 Personen im Regierungsrat, je eine(r) im Ständerat).

5. Oktober: AL-VV nominiert 125 Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahlen vom März 2018. Im Kreis 12 wird der von der SP nicht mehr portierte Kyriakos Papageorgiou aufgestellt. Einstimmige Unterstützung für das 7-köpfige Stadtratsticket von Rot-Grün.

23. Oktober: Kein Steuergeschenk für Immo-Haie: AL lanciert Referendum gegen Verrechnung von Geschäftsverlusten bei der Grundstücksgewinnsteuer.

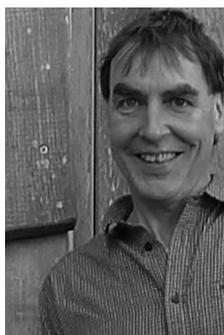
Kein Steuergeschenk für Immo-Haie!

jetzt unterschreiben!

Der Kantonsrat hat die Grundstücksgewinnsteuer gesenkt. Die AL wehrt sich gegen das Millionen-Geschenk für Immobilien-Firmen. Bitte unterschreiben Sie das Referendum.

AL Unruhe bewahren. al-zh.ch

Kollektivbetriebe – ein Auslaufmodell?



Genossenschaftlich geführte Betriebe, wie sie in den 70er- und 80er-Jahren in der Alternativszene üblich waren, sind heute eher spärlich gesät. Viele Betriebe

von damals, sofern sie noch existieren, haben die Struktur verändert, hin zu hierarchischen Modellen oder Zwischenformen wie dem Führungskollektiv, weg von Lohngleichheit und Basisdemokratie. Sogenannt flache Hierarchien sind zwar heute in der Wirtschaft fast schon üblich, etwa bei Grossunternehmen wie google. Sie binden die Mitarbeitenden enger an die Betriebe, machen sie zufriedener und damit produktiver - mitzubestimmen haben die Angestellten aber letztlich kaum etwas.

Ich habe 20 Jahre im kollektiv geführten Restaurant Ziegel in der Roten Fabrik gearbeitet und dabei viele Stationen der Betriebsführung durchlaufen. Das basisdemokratische System habe ich zwar oft als träge erlebt, aber nie als Stillstand. Natürlich bestehen auch in einem kollektiv geführten Betrieb gewisse Machtstrukturen, die Meinung von Mitarbeitenden mit grösserer Erfahrung, von besonders Engagierten oder auch nur von rhetorisch Gewandteren hat oft mehr Gewicht. Aber weil jede und jeder Einzelne im Team es gewohnt ist, sich eigene Gedanken zu machen, bewahrt eine basisdemokratische Kontrolle das Kollektiv meist vor einer Machtkonzentration.

Selbstbestimmt zu arbeiten, dieses Ziel kann auch und gerade heute, wo unter grossem Druck und mit faktischem Weiterbildungszwang gearbeitet werden muss, mindestens so lohnend sein wie vor Jahrzehnten. So wurden in letzter Zeit wieder vermehrt junge Kollektivbetriebe gegründet, die neue Formen der Zusammenarbeit erproben. Denn was den Fortschritt meines Erachtens am meisten hemmt, sind Mitarbeitende, die Ideen abklemmen mit dem Argument, das hätten sie schon mal erfolglos probiert. Und das gilt bei weitem nicht nur für Alternativbetriebe...

Patrik Maillard, AL-Spitzenkandidat
Kreis 10

Steuergeschenke für Immo-Haie? Schluss damit!

Mit ihrem Referendum will die AL verhindern, dass Firmen bei der Grundstücksgewinnsteuer künftig Geschäftsverluste verrechnen können. Wie funktioniert diese Steuer und wie versucht die Immo-Lobby, sie auszuhebeln?

Die Grundstücksgewinnsteuer ist der Immo-Lobby seit jeher ein Dorn im Auge. Abschaffen kann sie diese gerechte Steuer nicht, weil der Bund sie den Kantonen im Steuerharmonisierungsgesetz zwingend vorschreibt. Ihr Versuch, die Steuersätze massiv zu senken, ist 2013 in der Volksabstimmung kläglich gescheitert.

Um was geht es?

Die Grundstücksgewinnsteuer schöpft einen Teil des arbeitslosen Gewinns ab, der dem Eigentümer beim Verkauf zufällt. Und das nicht zu knapp. Der Steuersatz beträgt 40%, bei Besitzdauer unter zwei Jahren steigt er auf 50 - 60%, ab fünf Jahren sinkt er schrittweise und erreicht nach 20 Jahren das Minimum von 20%. Nach über 20 Jahren Besitz wird allerdings nicht mehr auf Erstellungs- oder Erwerbskosten abgestellt, sondern auf den Schätzwert der Liegenschaft vor 20 Jahren. Das hat extrem zyklische Auswirkungen. 1986 bis 1990/91 erlebte Zürich einen Immo-Boom, danach bis gegen 2000 einen drastischen Preiszerfall, von dem sich der Markt erst langsam erholte. Wer bis 2010 verkaufte, musste deshalb relativ geringe Grundstücksgewinne versteuern. Seitdem hat der Trend gedreht, weil die Gewinne jetzt anhand der tiefen Verkehrswerte der 1990er-Jahre berechnet werden.

Diese Reform ist ein Systembruch

Anders als Subjektsteuern wie die Einkommens- oder Gewinnsteuer, die auf der persönlichen Leistungsfähigkeit beruhen, ist die Grundstücksgewinnsteuer eine Objektsteuer: sie erfasst allfällige Spekulationsprofite unabhängig von der wirtschaftlichen Lage des Verkäufers.

Das ist gut und richtig so. Auch Mehrwert- und Mineralölsteuern sind Objektsteuern. Wir alle müssen sie zahlen, wenn wir konsumieren oder unsere Wohnung heizen. Niemand fragt dabei, ob es uns wirtschaftlich gut oder schlecht geht. Die von der AL mit dem Referendum bekämpfte Revision ist ein klarer Systembruch: Sie will die Anrechnung von Firmenverlusten, die schon bei der Einkommens- oder Gewinnsteuer berücksichtigt worden sind, nochmals bei der Grundstücksgewinnsteuer zulassen. Privatpersonen sollen bei Liegenschaftsverkäufen dagegen weiterhin voll zahlen, auch wenn es ihnen finanziell schlecht geht. Das ist unfair.

Keine Privilegien für Immo-Haie

Für Goodies zugunsten der Immobilienbranche besteht keinerlei Anlass. Abgesehen von der Grundstücksgewinnsteuer werden Immobilienverkäufe mehr als pfleglich behandelt. Von der Mehrwertsteuer - mit einem Normsatz von 7.7% - sind sie befreit. Im Kanton Zürich ist 2003 sogar die Handänderungssteuer mit ihrem bescheidenen Steuersatz von 1.0 - 1.5% des Umsatzes abgeschafft worden. Getarnt als Komitee «Schluss mit amtlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer» gaukelte die Immo-Lobby damals den Mietenden vor, sie müssten nach einer Abschaffung weniger Miete zahlen...

Gemeinden und Städte verlieren

Last but not least: Die Grundstücksgewinnsteuer ist eine kommunale Steuer. Leidtragende von Einnahmeverlusten sind die Gemeinden, allen voran Städte wie Zürich und Winterthur. Allein Zürich hätte mit der neuen Regelung 2012 44 Millionen Franken eingebüsst, wenn die UBS bei ihren Liegenschaftsverkäufen ihre Geschäftsverluste hätte anrechnen können.

Niklaus Scherr